
Discussion Paper Series
Nr 4 | Februar 2019

Frankfurter Lieux de Mémoires und europäische Horizonte: ein Kompass für Europa

Stadtöffentlicher Vortrag

Alfred Grosser Gastprofessur Goethe-Universität Frankfurt

Ulrike Guérot

Im Rahmen der Alfred Grosser Gastprofessur an der Goethe-Universität Frankfurt, wurde Prof. Ulrike Guérot eingeladen einen Stadtöffentlichen Vortrag zu halten.

Im Zentrum stand dabei der aktuelle Zustand der EU, sowie die Sorge um Europas Zukunft. Unter Rückriff auf das geschichtswissenschaftliche Konzept der Erinnerungsorte, entwickelte Ulrike Guérot einen „Frankfurter Kompass für Europa“.

„Frankfurter Lieux de Mémoires und europäische Horizonte: ein Kompass für Europa“

Sehr geehrter Herr Professor Kaehlbrandt und sehr geehrte Mitglieder und Mitarbeiter der Polytechnischen Gesellschaft;

Sehr geehrter Herr Christophe Braouet und sehr geehrte Mitglieder der Deutsch-Französischen Gesellschaft Frankfurt;

Sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen der Johann-Wolfgang Goethe Universität Frankfurt;

Sehr geehrte Frau Professor Roßteutscher und sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs Sozialwissenschaften; vor allem Frau Stamness und Herr Fuchs,

Sehr geehrter, lieber Daniel Röder vom #PulseofEurope und liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter der europäischen Sache,

Liebe Studierende,

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt,

liebe Europäerinnen und Europäer,

in Frankfurt eine stadtöffentliche Rede zu halten ist nicht trivial, ist es doch die Stadt in Deutschland, die am meisten mit Reden assoziiert wird, die eine nationale Resonanz erfahren: berühmt sind die Paulskirchen-Reden oder die Reden anlässlich der Verleihung des Buchpreises durch den Börsenverein des deutschen Buchhandels. Ein Wort, in Frankfurt gesprochen, so scheint es, ist ein anderes Wort als eins, das in Düsseldorf, Köln, Hamburg oder Stuttgart gesprochen wird. Und darum bin ich nervös. Denn was möchte man einer so großen, so wichtigen Stadt sagen, was möchte man in ihr sagen, wenn man gar selber gar nicht aus dieser Stadt ist; wenn man die ihr eigenen und geheimen Gesetzmäßigkeiten, ihre Strukturen und Vernetzungen, ihre Wirkungsmechanismen – und vielleicht auch Kungeleien? – und zugegebenermaßen ihre Orte und Geschichte nicht richtig kennt, ja, gar nie so kennen kann, wie jemand, der in dieser Stadt aufgewachsen ist, in ihr wohnt und lebt?

Mein Blick auf Frankfurt in dieser Rede kann also nur ein auswärtiger sein, sozusagen ein „Gastblick“, denn ich habe ja auch eine „Gastprofessur“ – und insofern bitte ich Sie vorab, mir zu verzeihen, wenn mein Blick nur erhascht, oberflächlich oder möglicherweise gar getrübt ist.

Diese Rede habe ich eingeteilt in vier Vorbemerkungen und vier Bemerkungen, aus denen ich einen Kompass für Europa entwickeln möchte, ein Kompass gleichsam, mit dem man von Frankfurt aus nach Europa reisen kann. Die vier Vorbemerkungen sind sozusagen ‚Einfallstore‘, durch die ich in diese Stadt komme – ‚Einfallstore‘ im Sinne von: ‚was fällt mir zu dieser Stadt?‘ ein – so wie jede Stadt früher Stadttore hatte, die man durchschreiten musste.

Diese vier Stadttore oder ‚Einfallstore‘ sind einerseits meine ersten persönlichen, verschwommenen Erinnerungen an diese Stadt; andererseits Ideen und Institutionen, die in dieser Stadt geboren wurden und die mich inspirieren, von Frankfurt aus auf Europa zu blicken. Es sind dies die Polytechnische Gesellschaft, der ich diese Gastprofessur verdanke; die Arbeiten von Alfred Grosser, Kind dieser Stadt, nach dem die Gastprofessur benannt ist; und schließlich das Konzept der Lieux de Mémoire, der ‚Erinnerungsorte‘, begründet von Fernand Braudel, dem Begründer der Ecoles des Annales, fortgeführt heute maßgeblich von dem französischen Historiker Pierre Nora.

Einmal durch diese vier Tore in die Stadt gekommen, suche ich dann in Frankfurt vier Orte auf, vier Frankfurter Lieux de Mémoires, die in meiner Wahrnehmung eine direkte Verbindung zu Europa haben. Diese vier Orte sind die Paulskirche, die FAZ, die EZB und der #PulseofEurope. Und aus diesen Orten mache ich dann einen Kompass für Europa für diese Stadt, den Sie hoffentlich – das würde ich mir natürlich wünschen – so attraktiv finden, dass Sie ihn als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in die Hand nehmen und sich auf den Weg nach Europa begeben.

Die vier ‚Einfallstore‘ nach Frankfurt

Erstes Einfallstor: ich habe zwei verschwommene Jugenderinnerungen an Frankfurt, die trotzdem prägend waren, allein schon, weil ich sie heute noch erinnere: ich muss ungefähr 12 Jahre gewesen sein, in der Quinta oder Quarta, wie man damals sagte, und nahm an einem Schülervorlesewettbewerb des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels teil. Sagen wir es war 1973 oder 1974. Mit einem witzigen Text („Ein Elefant auf Papas Auto“) durchlief ich alle Vorauswahlstufen (Schule, Stadt, Kreis, Land...) und landete schließlich in der Endrunde, die beim

Börsenverein in Frankfurt selbst stattfand. Für jemanden wie mich, aus einem weitgehend bücherfreien Elternhaus, die ich bis dato meine Kleinstadt Grevenbroich nicht verlassen hatte, war das ein großes Ding, das einer Fernreise gleichkam: mit dem Zug nach Frankfurt, der (stolze) Deutschlehrer fuhr gleich mit, auch die Schule war aufgereggt, die Eltern sowieso, ich glaube, ich bekam ein neues Kleid. Ich erinnere mich an einen riesengroßen Saal, in dem ich – nervös aber offensichtlich gut – meinen Text vorlas. Ich wurde zweite. Den ersten Preis erhielt eine andere Schülerin, die einen, wie ich damals fand, schweren Text vorgelesen hatte, bei dem es um Juden und den Holocaust ging und den ich damals nicht richtig verstand. Auf der Rückreise sagte mein Lehrer: „Ich hätte es wissen müssen. Es lag am Text, Ulrike, nicht an deinem Vorlesen“. Auch das verstand ich damals nicht, aber es tröstete.

Jahre später kam ich, wahrscheinlich um 1984, diesmal als Studentin und Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, nach Frankfurt zurück, im Rahmen eines jener Förderprogramme, die man als Stipendiatin genießt. Es gab jede Menge Termine mit wichtigen Leuten in Frankfurt, darunter u.a. mit dem damaligen Bürgermeister, Dr. Walter Wallmann und - das ist meine Geschichte - einen Termin in einem dieser Türme einer dieser großen Banken, die diese Stadt ausmachen. Nach einem Vortrag über die Bankenwelt erinnere ich mich, dass ich den freundlichen älteren Herrn fragte, ob denn eine Finanzkrise, sowie 1929, heute noch möglich wäre. Ich studierte ja Geschichte, insbesondere die Weimarer Republik. Als Antwort kam, dass dies eine wirklich sehr kluge Frage sei, dass eine Finanzkrise so wie damals aber heute völlig ausgeschlossen sein! Nun denn. Here we are, mit den politischen Spätfolgen einer nach wie vor ungelösten Bankenkrise, die damals wie heute das Potential hat, das europäische Projekt zu zerstören.

Zweites ‚Einfallstor‘: Gemessen an diesen zwei Kindheitserinnerungen – danach war im Wesentlichen nur noch am Flughafen Frankfurt, um auf Langstrecke umzusteigen – ist es ein großer Sprung, heute vor Ihnen zu stehen, als Gastprofessorin der Goethe-Universität Frankfurt, wiederum ermöglicht durch die Polytechnisch Gesellschaft, der ich an dieser Stelle herzlich danken möchte! Und, so ich den Bildband über die Polytechnische Gesellschaft, den mir Herr Professor Kaeblbrand bei meinem letzten Aufenthalt überreicht hat, richtig gelesen und studiert habe, bin ich hier und heute irgendwie so mittendrin in Frankfurt, seiner beeindruckenden Stiftungskultur,

seinem Bürgersinn, sprich: ich bin bei einer sehr ehrwürdigen Frankfurter Institution, die das Wohlbefinden dieser Stadt überwacht, die hier spendet, dort eingreift, hier entwickelt, dort fördert, kurz: die wie eine Spinne im Netz ihre Fäden in und um Frankfurt zu spinnen scheint, damit es dieser Stadt wohlergehe.

Eine Gesellschaft, die sich den Werten der Aufklärung verpflichtet fühlt, der Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, der Selbstbestimmtheit, aber auch der Verantwortung für das Gemeinwohl. i Allein schon das Wort Polytechnique ist eine Wortschöpfung der Aufklärung (Poly = „sich auf viele Künste verstehend“) und die Vielseitigkeit der Kenntnisse ist wohl auch, was Europa ausmacht. Eine Gesellschaft, die den noblen Begriff des ‚Bürgers‘ offensichtlich mit großem ‚B‘ schreibt, ist doch der verantwortungsvolle Bürger etwas Anderes als ein ‚Volk‘, das sich wahlweise betrügen, aufhetzen, emotionalisieren oder missbrauchen lässt. Mit all dem kann ich für diesen Vortrag und für mein Thema, Europa und die Citoyenneté Européenne, sehr viel anfangen und deswegen wird darauf zurückzukommen sein. Nicht umsonst ist es ja auch die Gastprofessur für ‚Bürgergesellschaft‘. Darum ist diese Hommage an die Polytechnische Gesellschaft mein zweites ‚Einfallstor‘ in diesen Vortrag, zumal hier in Frankfurt und wiederum mit Unterstützung der Polytechnischen Gesellschaft 1820 die „Laufmaschine“ erfunden wurde. Und Europa soll ja schließlich laufen lernen. ii

Als drittes ‚Einfallstor‘ in diesen Vortrag muss an dieser Stelle eine Hommage an Alfred Grosser gezollt werden, dessen umfangreiches Werk und stete Arbeit als Chroniquer de l’Europe heute ihresgleichen sucht. Für meinen Semestereröffnungsvortrag im Rahmen dieser Gastprofessur, den Sie auf der Webseite der Goethe-Universität finden, habe ich Alfred Grosser’s Buch ‚Das Deutschland im Westen‘ als Referenzbuch genommen und in einem Vortrag mit dem analogen Titel ‚Das Frankreich im Westen‘ zu analysieren versucht, iii wie Deutschland heute auf Frankreich schaut, wo es wegschaut bzw. wo der deutsche Blick irrt oder voreingenommen ist.

Für den heutigen Vortrag habe ich mir als Leitmotiv aus den zahlreichen Büchern von Alfred Grosser ‚Der Schmale Grat der Freiheit‘ herausgesucht und wiedergelesen, ein Buch von 1981 (!), in dem Grosser recht lose über eine ‚neue Ethik für eine neue Zeit sinniert‘, reflektiert bzw. eine solche anmahnt. Denn mehr denn je scheint es auch in Europa wieder um die Bewahrung, ja, um die Wiedererfindung der Freiheit zu gehen, der Freiheit im Sinne der Aufklärung, geht es doch

heute im politischen Europadiskurs immer mehr nur noch um Sicherheit – die Sicherheit vor Flüchtlingen oder die Sicherheit vor Terror. Die einstige Friedenserzählung Europas verschiebt sich hier subtil zu einer europäischen Sicherheitserzählung. Und so sei schon an dieser Stelle darauf verwiesen, dass Sicherheit eben kein Wert der Aufklärung ist: Liberté, Egalité, Fraternité heißt das Erbe der Aufklärung. Sicherheit ist schön, aber kein Wert an sich, denn man kann auch im Gefängnis sehr sicher sein. Man ist nur leider nicht frei.

„Die Politik wirkt abstoßend auf die Bürger. Staatsverdrossenheit breitet sich aus angesichts der wöchentlichen Skandalen im Spiegel oder im Canard Enchaîné, angesichts der wachsenden Habgier, die so oft zum Betrug und Missachtung der anderen führt,...“^{iv} Mit diesen Worten beginnt Alfred Grosser sein Buch und man hat das Gefühl, es könne aktueller nicht sein. Im weiteren Verlauf beleuchtet Grosser auf rund 200 Seiten das stets dialektische Spannungsverhältnis zwischen vermeintlich nationalen Interessen – um die es in diesem Vortrag zentral gehen wird – und den Werten der Aufklärung: „Innerhalb der nationalen Grenze“, so schreibt Grosser, „wird die Bestärkung der nationalen Zugehörigkeit heute mehr und mehr aufgewertet. Allenthalben ertönt der Ruf der Aufruf zur nationalen Einheit und Integration. In einem Fall, um mit der Verteidigung des Nationalen gegen einen (realen oder vermeintlichen) Feind die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu rechtfertigen: Wer sie im Namen der Gerechtigkeit oder der Freiheit in Frage stellt, kann auf diese Weise als Unruhestifter, als Schädling der nationalen Gemeinschaft behandelt werden.“ Das klingt gerade so, als hätte Alfred Grosser diese Zeilen für das heutige Europa geschrieben, aber der Text ist bald vierzig Jahre alt. Freiheit und Europa, so bilanziert Grosser jedenfalls, erreicht man mit der Verteidigung des Nationalen nicht. Eher das Gegenteil. „Es gibt“, so Grosser, „entgegen den Beteuerungen der Regierenden, die es zu verkörpern behaupten, kein nationales Interesse an sich.“^{vi} Im Gegenteil geht es, vor allem mit Blick auf Europa, um die Unterscheidung zwischen ‚wahrer Solidarität‘ (‚fraternité‘) und einem ‚künstlichen Wir-Gefühl‘, das durch eine bestimmte Erziehung erzeugt wird, die die ‚Bewusstmachung‘ einer ‚anderen‘ Zugehörigkeit erst hervor bringt. Solidarität also, nicht Nation (!) ist der zentrale Begriff von Alfred Grosser in diesem Buch. Auch darauf wird zurückzukommen sein.

Und schließlich das vierte ‚Einfallstor‘: das Konzept der Lieux de Mémoires. Es entspringt der historischen Schule der Ecole des Annales in Frankreich, begründet von Fernand Braudel. Der innovative Aspekt ist, Geschichte nicht als Abfolge von Daten zu verstehen – Reiche, Kriege, Schlachten, Staatsgründungen, Revolutionen – sondern als Orte, um die sich Geschichten ranken; Orte, die historisch aufgeladen werden, die mythisch besetzt werden; Orte, an denen oder an die man - oder frau - sich erinnert, kurz: Lieux de Mémoires, Erinnerungsorte. Es geht dabei nicht nur um physische oder geographische Orte, sondern um ‚intellektuelle Orte‘ auf der Ideenlandkarte. In Frankreich wird diese Schule heute prominent vertreten durch den französischen Historiker, Pierre Nora, der ein großartiges Buch über französische Erinnerungsorte geschrieben hat, vii in denen das nationale Gedächtnis gleichsam gespeichert wird: das Panthéon oder die Marseillaise, das Hémisphère oder der Code Civile, der Tour d’Eiffel, Jeanne d’Arc, der 14 Juillet oder die Tricolore. Aber auch die Tour de France, der gallische Hahn, le Coq gaullois, Vichy oder den Hof, la Cour. Kurz: es geht um Räume und Zeiten, um Wurzeln und Besonderheiten, um Ehre und Identitäten, die geschaffen, konstruiert werden. Dem Begriff Lieux de Mémoire zugrunde liegt, dass es weniger um eine objektive oder objektivierbare nationale Geschichte geht, sondern um die Konstruktion einer nationalen Geschichte mittels Erinnerungsorte, die erzählt werden, also um Narrationen, Gefühle und Empfindungen, die an bestimmte Orte geknüpft sind oder durch sie ausgelöst werden.

Die französischen Historiker Etienne François und Thomas Serrier haben sich dieses Konzept gerade erst im letzten Jahr für Europa zunutze gemacht und eine beeindruckende Sammlung europäischer Lieux de Mémoires vorgelegt.viii Blättert man dieses pompöse Buch durch – das übrigens einen deutschen Verlag sucht, was man in der Stadt der Buchmesse ja einmal en passant erwähnen kann – dann fällt einem folgendes schon im Inhaltsverzeichnis auf: von allem ist dort die Rede, bloß nicht von der Nation oder dem Nationalstaat oder nationalem Interesse oder der EU. Denken wir also an Europa, an europäische Erinnerungsorte, die wir mit Europa assoziieren, dann denken wir offensichtlich an etwas völlig Anderes als an die EU, in der wir heute politisch leben; und an etwas Anderes als an die Nationalstaaten, die diese EU konstitutionell begründen.

Anders formuliert benutzen wir im politischen Sprachgebrauch, wenn es um Europa geht, ständig Begriffe, die nichts mit Europa zu tun haben, so wie wir es uns offensichtlich vorstellen. Das ist doch merkwürdig, oder? Die europäischen Lieux de Mémoires von François und Serrier muten

daher wie eine Vermessung an, oder eine Recherche, nicht einer verlorenen Zeit, einer temps perdu, sondern eines verlorenen Raums, une espace perdu; eines Raums, den wir derzeit offensichtlich mit nichts Anderem füllen können als mit Nationalstaaten als politischen Akteuren Europas.

Dabei schlagen uns François und Serrier vielfältige Begriffe als europäische Erinnerungsorte vor, um das sich unser europäisches Erinnern ranken könnte: Die Fantasie der Dekadenz ebenso wie den Streik und die Emanzipation der Arbeiterklasse; die europäische Nymphe auf dem Stier und die drei europäischen Städte Jerusalem, Athen und Rom; Revolution, die Aufklärung und die Freiheit; die Aura der Bilder, die Uhr und der Kalender; der streunende Jude und die vier europäischen Flüsse – Rhein, Elbe, Oder, Ural; Leonard da Vinci und die Fußballstadien; Shakespeare und die Habsburger; der Teufel und die Hexe; und natürlich auch Tyrannei, Barbarei, Holocaust, der Völkermord und die Kreuzzüge; und dann wieder: Luther und Luxus; und schließlich Carmen oder die freie Liebe...alles Europa!

Nun ist das alles viel zu viel für rund 60 Minuten Vortrag, von denen ein Viertel bereits herum ist, also muss das Konzept der europäischen Erinnerungsorte gekürzt, eingedämpft und adaptiert werden und zwar an das hier und jetzt, und mithin den Ort, an dem wir gerade alle sind, Sie und ich: auf Frankfurt!

Hier geht es also darum, wie Frankfurt mit Europa verknüpft werden kann - mittels welcher Frankfurter Orte - und wie mittels dieser Erinnerungsorte vielleicht eine neue europäische Erzählung entstehen kann, eben ein Kompass für Europa, den genau diese Stadt, und nur Frankfurt in der Hand hält. Denn andere Städte müssten - vielleicht könnte dieses Konzept ja eine Mode machen – jeweils ihre Erinnerungsorte mit Europa verknüpfen, ihre eigenen europäischen Bezugspunkte finden, und damit eine direkte Verbindung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu Europa schaffen. Das können wir hier nicht leisten. Könnte das Konzept jedoch Schule machen, dann wären wir schon fast am (europäischen) Ziel, nämlich die Bürgerinnen und Bürger aller europäischen Städte direkt mit Europa zu verknüpfen und dabei en passant, geradezu spielerisch, zu bemerken, dass wir den Nationalstaat doch eigentlich für unsere Verbindung mit Europa nicht brauchen, denn wir, die europäischen Bürgerinnen und Bürger, wir sind Europa, wir machen es aus!

Und damit komme ich von meinen vier Vorbemerkungen zu den vier Bemerkungen, den vier Frankfurter Erinnerungsorten: Paulskirche, FAZ, EZB und #PulseofEurope.

Die vier Frankfurter Lieux de Mémoires für Europa

Zuerst die Paulskirche, ist es doch die Paulskirchenversammlung, genauer: die Bürgerversammlung in der Paulskirche, die Deutschland gemacht hat und zwar durch einen Prozess der Verrechtlichung. Hier entstand 1848, im Nachgang zum nationalen Aufbruch des Hambacher Festes von 1832, die erste deutsche Verfassung; hier wurde der Grundstein für die ersten freien, gleichen, direkten und geheimen deutschen Wahlen gelegt, die 1867 den Norddeutschen Bund begründeten, auf den dann das Deutsche Reich folgte. Es waren Jahrzehnte der ‚Nation-Werdung‘, denn die deutsche Nation, die heute so oft bemüht wird, war nicht schon immer da und ist auch nicht vom Himmel gefallen. Wo der deutsche Idealismus die deutsche Nation besang und bedichtete, wo die deutsche Romantik sich die deutsche Nation erträumte, die deutsche Kulturnation gefeiert wurde, war es doch letztlich die Paulskirche, also der Prozess der Verrechtlichung und Konstitutionalisierung, der aus Sachsen und Pfälzern, aus Hessen und Bayern und Preußen schließlich Deutsche machte. Kultur ist bestenfalls eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für Nationenbildung.

Der berühmte französische Soziologe Pierre Rosanvallon verweist in seinem Buch *Le Sacre du Citoyen* auf die zentrale Bedeutung der Verrechtlichung bei der Bildung von Nationen. Jenseits von Identitäten oder Sprache geht es in erster Linie um gleiches Wahlrecht und generell gleiche bürgerliche Rechte, die Bürgerinnen und Bürger zu einer Nation zusammenschweißen. Die im Rechte geeinten Bürger beginnen, sich als Nation zu begreifen. Nicht Volk, Ethnizität, Sprache, Kultur oder Identität sind dafür konstitutiv, sondern das Recht macht die Nation. Das Recht bestimmt, wer zur Nation wird, zur *État-Nation*. Interessanterweise ist dieses Denken im französischen Sprachraum bis heute unbestritten, sondern zieht sich wie eine große Linie durch die Literatur. Schon Ernst Renan, ebenfalls ein berühmter französischer Schriftsteller und Philosoph des 19. Jahrhunderts, formulierte: „Les nations ne sont pas quelque chose d'éternel ; elles ont commencé, elles finiront. » Nationen haben einen Anfang und ein Ende. Das ist das

Konzept der „imagined communities“, das der Politologe Benedict Anderson später entwickeln sollte. Der Anfang einer Nation ist das Bewusstsein einer gemeinsamen Zukunft – etwas, was mit Blick auf Europa heute wohl niemand leugnen dürfte. Der nächste Schritt ist die bewusste Inangriffnahme dieser gemeinsamen Zukunft durch ihre Verrechtlichung, die rechtliche Versiegelung gleichsam einer Schicksalsgemeinschaft, vor allem durch die Institutionalisierung von Solidarität: „La Nation est une solidarité“, so heißt es bei Ernest Renan.^{xi} Man könnte auch sagen, sich Brief und Siegel auf die Solidarität geben, auf die fraternité, damit Solidarität nicht mehr beliebig ist.

Jahrzehnte nach Ernest Renan definierte wieder ein französischer Soziologe, Marcel Mauss, die Nation ,als eine Gruppe von Individuen, denen ihre wechselseitige ökonomische und soziale Abhängigkeit gemeinsam bewusst wird und die sich dazu entschließen, diese wechselseitige Abhängigkeit in eine kollektive Kontrolle über den Staat und über das Wirtschaftssystem zu überführen.^{xii} Ist das nicht genau, aber haargenau der Zustand, der historische Punkt, an dem Europa, die EU heute steht? Der Punkt, vielmehr die Frage, noch besser: der derzeitige Streit um die Institutionalisierung von europäischer Solidarität? Der tagesaktuelle politische Talk um ein Eurozonenbudget oder einen gemeinsamen EU-Finanzminister, der seinen Weg längst in die Koalitionsverhandlungen gefunden hat, ist im Kern nichts Anderes.

Zwei Dinge sind hier von Bedeutung: jenes Buch von Marcel Mauss, besser: das Fragment seines Buches ‚Die Nation oder der Sinn für das Soziale‘, das in den 1920-Jahren bereits verfasst wurde, ist ausgerechnet letztes Jahr vom Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt (!) editiert worden. Ist das Zufall, oder hatte die Uni Frankfurt hier den guten Riecher, die Frankfurter Bürgergesellschaft passgenau in dieser historischen Stunde mit den Argumenten zu beliefern, ihr genau den intellektuellen Impuls zu geben, den sie hier und heute für ihre Arbeit an der Europa-Werdung braucht? Denn sich dieses Wissen der Verrechtlichung bzw. der Institutionalisierung von Solidarität für Europa nutzbar zu machen, wäre ein guter Beitrag des Frankfurter ‚Erinnerungsortes Paulskirche‘ für eine Neubegründung Europas.

Die Stadt Frankfurt schickte übrigens 12 Vertreter in das Vorparlament in der Frankfurter Paulskirche, darunter den Polytechniker Friedrich Sigmund Jucho. Und die Polytechnische Gesellschaft sorgte in der Paulskirche gleichsam für die Verankerung des aufklärerischen Gedankengutes französischer Provenienz beim Prozess der deutschen Konstitutionalisierung. Die

Polytechnische und die Paulskirche waren hier Brüder im Geist und Treiber der damaligen politischen Entwicklung: sie könnten es heute mit Blick auf Europa wieder werden und - analog zu damals – den Prozess einer europäischen Bürgergesellschaft, einer *citoyenneté européenne* betreiben, die genau das zum Ziel haben müsste: die Institutionalisierung von Solidarität in Europa und die Durchsetzung des allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatzes für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger!

Dominique Schnapper, die ich erst am letzten Samstag auf einer Bürgerveranstaltung in Rennes, Bretagne, erleben durfte, die vielleicht letzte französische Soziologin in der Traditionslinie von Renan, Mauss und Rosanvallon sagte in ihrem Vortrag dort genau das: „La *citoyenneté européenne* est du construit.“ Wer sonst als die Stadt Frankfurt, mit den Institutionen, die nur ihr eigen sind, könnte die Hervorbringung einer *citoyenneté européenne*, basierend auf dem allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz aller europäischen Bürgerinnen und Bürger besser betreiben? Dann erst wäre eine gemeinsame Demokratie in Europa möglich, denn die Gleichheit der Bürger, *l'égalité*, ist die Voraussetzung jeder Demokratie.

Zentral ging es in der Paulskirchenversammlung um Demokratisierung und um Parlamentarisierung. Genau wie heute in Europa. Und an dieser Stelle soll darum deutlich gemacht werden, dass die nationale Einheitsbewegung von damals noch lange keine deutsche Zentralisierung bedeutete, wie man es ja heute immer der europäischen Einigungsbewegung unterstellt, der zufolge man die nationale Identität gegen die Übergriffigkeit eines europäischen Superstaates stellen müsste. Nun ist die Bundesrepublik z.B. durchaus dezentral; trotzdem sind ihr alle Bürgerinnen und Bürger gleichgestellt, sie zahlen die gleichen Steuern, haben weitgehend den gleichen Zugang zu gleichen Rechten und vor allem sind bei Wahlen gleich: darum sind wir eine Demokratie. Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung und Parlamentarisierung haben weder mit Zentralisierung, noch mit Identitätsverlust etwas zu tun, wohl aber mit Demokratie. Der französische Vorschlag „*Traité pour la Démocratisation de l'Europe*“^{xiii} schlägt darum eine volle Parlamentarisierung der Eurozone vor, die die In-put Legitimität politischer Entscheidungen in Europa deutlich erhöhen würde, wartet allerdings, wie vieles dieser Tage, auf eine deutsche Antwort.

Es sind diese Themen der Parlamentarisierung Europa und der bürgerlichen Gleichheit aller europäischen Bürgerinnen und Bürger, die sich der Erinnerungsort Paulskirche in Frankfurt für

Europa zu Eigen machen könnte. Denn an dem Ort, dort, wo keine Paulskirche steht, wird im Europadiskurs stets mit den Begriffen der Kultur und der nationalen Identität operiert, die auf Abgrenzung zielen, nicht auf europäische Einheit. Es geht aber nicht um die Vereinheitlichung europäischer Kultur oder Identität – so wie Hessen, Sachsen, Bayern und Hanseaten nicht die gleiche Kultur haben – sondern es geht um normative Einheit bei kultureller Vielfalt: das ist Europa! Und darum steht die kulturelle Vielfalt der rechtlichen Einheit und der bürgerlichen Gleichheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger auch nicht entgegen, ebenso wie in der Bundesrepublik am Ende des Tages jeder Harz IV bekommt, ganz egal ob er aus Rügen oder aus München ist.

Ebenso überschätzt wird die Notwendigkeit einer europäischen Öffentlichkeit für den europäischen Einigungsprozess, die eine Stimme, denn die Vielstimmigkeit macht eine Demokratie aus, in der Bundesrepublik ebenso wie in Europa. Es muss sie auch nicht unbedingt geben, die eine europäische Öffentlichkeit, deren Fehlen so oft im politischen Diskurs beklagt wird. Eher müsste jede Öffentlichkeit – egal ob französische, polnische, katalanische, schottische oder bayrische – strukturell europäisch sein, und Europa – soll es denn die gemeinsame Zukunft sein – nicht in Frage stellen. Genauso wie selbst die Bayern die Bundesrepublik selbst dann nicht in Frage stellen, wenn sie wieder einmal ihre für den Rest der Republik teilweise obskuren politischen Alleingänge fahren.

Genau das aber, Europa, den Euro in Frage stellen, hat z.B. eine der führenden deutschen Zeitungen, ein ebenso prominentes wie gewaltiges Sprachrohr der deutschen Öffentlichkeit, die FAZ, in den langen Jahren der Eurokrise getan. Aus der Frage „Europa, wie?“, die spätestens seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 über eine ever closer union intensiv in auf dem Kontinent verhandelt wurde, hat unter anderem auch die FAZ im Zuge der Eurokrise wieder eine „Ob-Frage“ gemacht, sie hat das ob wieder zugelassen: ob Europa, ob Euro, generell, überhaupt? Ja oder nein? Und sie hat sich damit tendenziell in eine konstitutionelle Grauzone begeben, ist doch der Maastricht Vertrag (und damit das Ziel einer ever closer union) über die Verklammerung von Art. 23 GG Bestandteil des Grundgesetzes, der eigentlich nicht in Frage zu stellen ist. Und darum ist die FAZ für mich auch ein europäischer Erinnerungsort in Frankfurt, allerdings, partiell zumindest, ein negativ besetzter.

Kommen wir also zum zweiten Frankfurter Erinnerungsort, der FAZ, eine der ältesten und wichtigsten deutschen Zeitungen. Vielleicht ist das jetzt der Punkt der Rede, der mich am meisten nervös macht, wie ich am Anfang sagte, denn welches Interesse sollte ich haben, mich – ausgerechnet in Frankfurt – in einem Vortrag öffentlich mit der FAZ anzulegen, sie zu kritisieren? Was natürlich nicht geziem ist, was gleichsam einer Nestbeschmutzung gleichkommt, ein Gefecht, das ich zumal aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse (und womöglich auch Autoritäten) gar nicht gewinnen kann; und das mir im glimpflichsten Fall einen Verriss dieser Rede einbringt, im schlimmsten Fall ihre Ignorierung.

Nun, weil ich – *ceterum censeo* – der Meinung bin, dass gar nicht oft und laut genug betont werden kann, welche unglückliche, ja fatale Rolle die FAZ über eine gewisse Zeit für den europapolitischen Diskurs in Deutschland gespielt hat und es m.E. – auch retrospektiv – sehr wichtig ist, dass dies bekannt ist und weiter bekannt gemacht wird, z.B. für die jüngeren Generationen, die ich jetzt an der Goethe-Universität unterrichte und die in der Lage sein muss, die Eurokrise und was über sie gesagt wurde, einzuordnen. Und zwar, um perspektivisch die Versöhnung, die Neubegründung Europas zu ermöglichen, die erst und nur dann gelingen kann, wenn jedes Land aus seiner „Opferrolle“, aus aufgebauchten ‚Betrugsszenarien‘ mit Blick auf Europa herausfindet, allen voran Deutschland. Die Reflektion der eigenen Öffentlichkeit mit Blick auf Europa erscheint mir die zentrale Baustelle auf dem Weg in ein demokratisches Bürgereuropa, in dem die Geschichte von Peter und dem Wolf keinen Platz hat. Deutschland ist nicht Peter und der Euro kein Wolf, der die Deutschen und ihre Ersparnisse frisst.

Beginnen wir diese heikle Passage über die FAZ mit einem Zitat von Alfred Grosser: „Objektive Realität? Die Realität ist niemals vollkommen objektiv, ihre Wahrnehmung wird in jedem Fall gefiltert durch die Subjektivität dessen, der sie auswählt und darstellt. Und diese Subjektivität des auswählenden Journalisten, Redakteurs oder Moderators schließt vollkommene Objektivität aus. (...) Absolute Objektivität mag noch so inexistent sein, man wird stets einen Unterschied machen zwischen den privilegierten Vermittlern von Realität, die gar nicht objektiv sein wollen, die gar keine Objektivität anstreben, während sie Einfluss ausüben, und denen, die sich um Objektivität bemühen, namentlich, indem sie ihre Subjektivität zeigen, indem sie ihre besondere Sensibilität

durchschimmern lassen, sei's auch nur, um ihre Leser, Zuschauer oder Schüler vor ihr zu warnen.“

xiv

Genau das, nämlich sich selbst sublimieren, hat die FAZ, die den Nimbus der besten und unabhängigen nationalen Zeitung genießt, während der Eurokrise nicht getan. Und so konnte eine, durch einen sehr deutschen Blick gefilterte Meinung über die Eurokrise zu einer sehr deutschen Wahrheit über die Eurokrise werden, die auch noch daherkam mit der eigentlich unantastbaren Autorität der FAZ, die ja eine deutsche Institution ist – denn: was in der FAZ steht, das stimmt, das ist nationale Referenz. Zugegeben, es war nicht die ganze FAZ; im Feuilleton wurde meistens relativiert, wenn vorne, in Politik und Wirtschaft, Euro-bissig formuliert wurde. Doch es hatte einen Nachhall.

In Kombination mit der unbestrittenen deutschen Macht - um nicht zu sagen: partielle Dominanz - in Europa hat diese nationale Referenz Europa nicht gut getan. Etwas platter formuliert: die FAZ hat gegen den Euro Stimmung gemacht. Und was soll der deutsche Bildungsbürger in Göttingen oder in Stuttgart, in Hannover oder Freiburg, was soll der Apotheker, Lehrer oder Ingenieur, der parallel dazu nicht unbedingt die Financial Times, die NZZ oder Le Monde liest, schon dagegen halten, wenn die FAZ fast täglich in das Land hinausposaunte, dass der Euro ganz und gar nicht funktioniert, Rechtsbruch oder Souveränitätsverzicht durch die Hintertür bedeutet, wenn nicht gar Verrat; dass er den Deutschen schadet, dass Deutschland am Ende für alle bezahlen muss, eine ‚Schuldenunion‘ also bedeutet als logischen Endpunkt – und darum schleunigst ein alternatives Szenario gefunden werden müsse, das dann vorübergehend im sogenannten „Nord-Euro“ gefunden wurde, wobei nie richtig klar wurde, ob Frankreich z.B. noch zu diesem ‚Nord-Euro‘ gehören würde. Ein vergiftetes europäisches Klima war geschaffen, das den Nährboden für einen deutschen Euro-Populismus bereitete, auf den bald, 2012, eine populistische Parteigründung folgte, die heute die politischen Möglichkeiten mit Blick auf Europa blockiert: Europapolitik im Schatten der AfD.

Bis heute gehört es für mich persönlich zu den größten Verwunderungen, dass auf dem Höhepunkt der Eurokrise in der FAZ nichts von dem zu lesen war, was sonst überall zu lesen war: dass Deutschland nicht nur an Binnenmarkt und Euro am meisten profitiert hat (laut einer McKinsey-Studie übrigens); xv dass die Negativverzinsung deutscher Staatsanleihen dreistellige Milliardenbeträge in das deutsche Staatssäckel spülte; dass die deutsche Exportindustrie von der

Unmöglichkeit der Südländer, abzuwerten sehr profitorientierte und große Mengen Kapital in diese Länder transferierte, um dort höhere Renditen zu erzielen, weil daheim die Investitionsneigung schwächelte und auf Handelsbilanzunterschieden und Exportüberschüssen surfte wie Adonis in der Sonne. Dass die deutschen Anteile am Rettungsschirm, relativ gemessen, also per capita, bestenfalls im europäischen Mittelfeld waren;xvi dass selbst Malta oder Estland anteilig mehr gezahlt haben als die Deutschen oder dass zwar die deutschen Kleinsparer unter niedrigen Zinsen gelitten haben mögen, aber Bund, Länder und Gemeinden kumulierte 240 Milliarden Zinsersparnis eingestrichen haben usw. usw. Wie bei solchen Zahlen die Saga der deutschen Opferrolle genährt werden konnte und dem Affen immer weiter Zucker gegeben wurde, ist mit bis heute unbegreiflich. Es war unverantwortlich und bis heute bezahlt Deutschland dafür einen politischen Preis.xvii

Die FAZ war natürlich nicht alleine. Wer etwa in die Wirtschaftswoche schaute oder in BILD, der wurde auch mit nationaler Hybris in der Eurofrage belohnt. Der Unterschied ist nur: wer in die BILD Zeitung schaut, der weiß vorher (hoffentlich zumindest!) dass er partiell Unfug zu lesen bekommt. Der andere Unterschied ist: die Redaktion sitzt nicht in Frankfurt, sie interessiert hier also nicht.

Da die Vortragszeit hier begrenzt ist, erspare ich mir jetzt eine lange Reihe von Zitaten von FAZ-Artikeln zur Eurokrise, die ich für diesen Vortrag aus der Zeit 2010 bis 2012 als Beweis ausgegraben und hier als Fußnoten angehängt habe.xviii Sie sind auch nicht schön vorzulesen. Falls es Sie interessiert, können Sie sie indes selber lesen, denn diese Rede wird ja als Pdf im Internet eingestellt. Zentral ging es in all diesen Kommentaren, deren Grenze zu AfD-Positionen teilweise fließend war, um die Verweigerung von genau dem, was wir im letzten Erinnerungsort als zentralen Punkt für eine Demokratie ausgemacht haben: institutionalisierte Solidarität!

An dieser Stelle ist darum vielleicht der Zeitpunkt gekommen, doch noch einen kleinen Abstecher zu einem weiterem Frankfurter Erinnerungsort zu machen, in der Gestalt von Johann-Wolfgang Goethe, genauer: seinem Faust und der – zumindest in der Thalmeier-Inszenierung am Deutschen Theater von vor ein paar Jahren – am Ende fast winselnden Frage eines verzweifelten Gretchens: wie hältst du es mit Gott? Da saß sie schon halb nackt neben Faust auf dem Bett.

Wir müssen den Faust als Erinnerungsort nicht weiter besuchen und auch nicht weiter auf der FAZ herumhacken; sie haben mich verstanden: Die europäische Gretchenfrage ist die der

institutionalisierten Solidarität. Sie muss beantwortet werden. Endlich. Und welche Stadt könnte mehr dazu weitertragen, diese Frage angemessen und europäisch zu beantworten, als diejenige, die eins der wichtigsten Leitmedien Deutschlands beherbergt?

Es ist das bürgerliche Grundrauschen dieser Stadt, es sind die Chatrooms der Bankenwelt, es sind die Milliardenengeschäfte der deutschen Banken, die Deutschland mit Geld versorgen und damit Zukunft sichern. In dieser Stadt wird entscheiden, wo das Geld hingeht. Hier muss entschieden werden, ob es nach Europa geht – oder nicht. Diese Entscheidung wird nicht in Hamburg getroffen, nicht in München, nicht in Berlin. Sie wird hier getroffen, geraunt, entschieden, verhandelt. In den Frankfurter Banketagen und im Frankfurter Rotary Club. Und was hier gesagt, gewollt wird, das steht in der FAZ. Und darum ist das, was die Frankfurter Bürgergesellschaft von Europa denkt – genauer: welchen Wert Europa für die Frankfurter Bürgergesellschaft hat - besonders wichtig!

Ich wage mich hier noch weiter vor, an dieser Stelle, mit meinem Argument, das Geld mit Blick auf Europa nicht das Problem ist, jedenfalls nicht das entscheidende; sondern wofür man es ausgibt, für welches Denken. Und das gilt auch für Bürgergesellschaft im Allgemeinen und für die in Frankfurt im Besonderen: allseits ist zu beobachten, dass das nationale Denken intellektuell aufgerüstet wird, die Nouvelle Droite hof- und salonfähig gemacht wird, ihre Schriften in neuen Hochglanzzeitschriften daherkommen, in Polen, in Frankreich und auch hier. Die Zeitschrift CATO (Zeitschrift für neue Sachlichkeit – eigentlich sollte man eine Werbung für sie machen), ist ein gutes Beispiel dafür, eine Zeitschrift, die sicher nicht nach Marktgesetzen funktioniert (die doch gerade Konservative immer so hochhalten), eine Zeitschrift, in der die Politik-Berater von Frauke Petry publizieren, dafür aber – bisher zumindest – keine weiblichen Autoren und der man auch ansonsten nicht viel Sachlichkeit abgewinnen kann. Subtil verbrämt kommt hier in Lettern daher, was gestern noch anstößig war, an jeder Bahnhofsbuchhandlung in die politische Mitte und zum normalen Bürger. Wer finanziert das, das ist hier die Frage? Oder jene „konservative Bibliothek“ in Berlin, die eigentlich ‚völkisch‘ ist? Ist das eine wache Bürgergesellschaft, die das Gemeinwohl entlang der Werte der Aufklärung fördert – oder ist das eine konservativ-nationale Clique, die eine labile politische Situation und speziell die Abstiegsängste von Modernisierungsverlierern ausnutzt, um nationale Parolen zu verbreiten und z.B. gegen eine „Transferunion“ und Europa Stimmung zu machen, weil ihnen selber die europäische Solidarität zu teuer ist? Das sich Geld mit Ungeist

verbindet, ist eine Erfahrung, die dieses Land schon mal gemacht hat; es ist ihm nicht bekommen. Von welcher anderen Stadt als der Geistesstadt Frankfurt, sollte man erwarten, sich dem Trend, die Niedertracht zu finanzieren, entgegenzustellen?

Nun hat ja die FAZ meine (nicht neuen) Einlassungen zu diesem Thema an anderer Stelle schon einmal mit der Überschrift betitelt: „Wenn das Geld vom Himmel fällt“,^{xix} womit ja insinuiert wird, ich könne nicht rechnen. Doch weder bin ich der Überzeugung, dass Geld vom Himmel fällt, und auch kann ich rechnen. Ich bin nur der Überzeugung, dass Europa, dass die europäische Demokratie einen Wert hat und ich bin bereit, den Preis dafür zu bezahlen. Ich habe nie verstanden, warum Europa in allen politischen Sonntagreden – gestern noch von Frau Angela Merkel in Davos – immer als das *nec plus ultra* der deutschen Staatsräson gehandelt wird, aber nie etwas kosten darf. Als großes Land, dessen Wohlfahrt von der Existenz und Stabilität eines multilateralen Systems abhängt, muss man auch für dessen Erhalt aufkommen.^{xx} Ich habe nie verstanden, warum gerade Ökonomen, die doch wissen, das alles Gute seinen Preis, ausgerechnet bei Europa den Rechenschieber herausziehen; vor allem aber, dass Ökonomen nie verstehen, dass auch Demokratie einen Preis hat, auch wenn dieser unsichtbar ist und nicht in eine Excel-Tabelle passt: es ist eben der Preis für die institutionalisierte Solidarität, der Preis für *égalité* und *fraternité*, die sich in einem europäischen Währungsraum notwendigerweise auf alle europäischen Bürgerinnen und Bürger erstrecken muss, denn eine Währung ist ein Gesellschaftsvertrag, ein *contrat social*. Diesen legitimen Preis für die europäische Demokratie hier in Deutschland mit dem schäbigen Begriff der „Transferunion“ zu verhandeln, ist darum nationaler Verrat an der europäischen Sache!

Besonders pikant wird es, wenn der im zumeist Eigeninteresse begründete Kampf gegen die Transferunion zum ‚nationalen Interesse‘ erklärt wird, das es, wie wir schon von Alfred Grosser gehört haben, als solches nicht gibt, und das dem Streben nach Freiheit und Vernunft stets entgegenstehen. Schon der europäische Gründungsvater Jean Monnet wusste, dass nationale Interessen nur die Interessen nationaler Politiker und Wirtschaftstreibender sind, in denen die Bürger lediglich Abschreibungsmasse sind. Ähnlich wird hierzulande seit Jahren die politische Schlacht gegen die sogenannte „Transferunion“ von jede Menge Akteuren – Mittelstand, Exportindustrie, Banken, Wirtschaftsverbänden, mehr oder weniger populistischen Politikern und

ihren Mittelsmännern in Form der nationalen Referenzzeitung FAZ – betrieben, die alles Mögliche im Kopf haben, nur nicht die deutsche Staatsräson und mithin Europa.

Ich bin jedenfalls der Meinung, dass uns diese europäische Demokratie mehr Wert sein sollte als jene 0,9% des europäischen BIP (rund 120 Milliarden), die das EU-Budget derzeit ausmachen, wovon Deutschland rund ein Viertel aufbringt, also rund 30 Milliarden. Zum Vergleich: 23 Milliarden mehr als erwartet (!) hat die letzte Steuerschätzung gerade ergeben. Europa kostet also ungefähr so viel wie das unerwartete Sahnehäubchen auf der letzten Steuerschätzung! Und wenn Christian Lindner ausgerechnet haben will, dass die Macron-Pläne – die er im Wesentlichen ablehnt – rund 60 Milliarden Euro kosten, dann sage ich immer noch: so what? Nicht, weil ich nicht rechnen kann. Sondern weil ich mir nicht vorstellen möchte, welchen Preis dieses Land, Deutschland, in späteren Jahren womöglich bezahlt, wenn die europäische Desintegration so weitergeht, wie derzeit; wenn das europäische Projekt weiter aufgeribbelt wird wie ein Wollpullover, an dessen Faden man zieht.

There is no free lunch. Oder: You can't eat the cake and have the cake. Wer, wenn nicht die Stadt Frankfurt, die Bürger dieser Stadt, wollte sich der Aufgabe annehmen, diese Einsichten in die europäische Vernunft weiter zu tragen, anstatt den niederen Instinkt des nationalen Interesses zu nähren, wo doch Europa unsere unbestrittene Zukunft ist?

Toute est langue, alles ist Sprache, sagte die französische Psychoanalytikerin, Françoise Dolto. Worte machen Politik. In dem Moment, meine Damen und Herren, wo die Frankfurter Bürgergesellschaft, in den Couloirs der Bankentürme, anstatt von dem Kropf einer ‚Transferunion‘ von der Notwendigkeit einer europäischen Finanzverfassung flüstern würde, und wenn die Buschtrommeln dieser Stadt diese Notwendigkeit in der FAZ platzieren könnten, dann hätte die europäische Demokratie eine Chance! Die Solidarität würde in einer europäischen Finanzverfassung institutionalisiert. Und die EZB müsste nicht immer in die Bresche – genauer: in das Vakuum politischer Entscheidungen zum Euro - springen und dafür dann auch noch Prügel beziehen – wiederum vor allen von Deutschland bzw. von denjenigen hierzulande, die hier meinen, sie handelten im ‚nationalen Interesse‘ und sich dabei meistens nur selber meinen.

Damit kommen wir zur EZB als nächstem Frankfurter Erinnerungsort für Europa, der im Übrigen ein doppelter Erinnerungsort ist, steht doch das neue EZB-Gebäude auf dem Gelände der

ehemaligen Markthallen, von denen die aus die Juden nach Auschwitz abtransportiert wurden. Auschwitz ist darum die heimliche Hauptstadt Europas, der Ursprung des europäischen Friedensprojektes, das können sie in dem neuen Roman von Robert Menasse nachlesen, der im letzten Jahr den Buchpreis des Börsenvereins gewonnen hat. Doch hier geht es nicht um den physischen, sondern um den metaphysischen Ort der EZB als Frankfurter Erinnerungsort für Europa.

Wo die FAZ ihre Rolle als nationales Leitmedium nicht angemessen ausgefüllt hat, muss man der EZB Dank und Anerkennung zollen, dass sie ihre Rolle, nämlich in Krisenzeiten letzter Geldgeber zu sein wie jede Zentralbank auf der Welt, bis zum Allerletzten, bis zum Unklaren, bis zum Undefinierbaren („whatever it takes“) wahrgenommen hat, allerdings eben ohne expliziten Auftrag, Was ihr zum Verhängnis wurde, wiederum speziell nur in der deutschen Öffentlichkeit. Nur Deutsche haben in Karlsruhe gegen die EZB geklagt, keine Bürger anderer europäischer Länder bei ihren jeweiligen Gerichten. Sollte uns auch nicht das zu denken geben? Darüber z.B., wie wir hier denken, und warum nur wir hier so über die EZB denken, dass einige sogar gegen sie klagen müssen? Könnte es gar dazu führen, dass wir deutsches Denken als Idiosynkrasie, als asymmetrisch zum Rest der Eurozone erkennen?xxi Und könnten wir daraus vielleicht schließen, dass wir in unserer Meinung mit Blick auf die Euro-Governance singularisiert sind und darum nicht, wie wir ja allzu oft glauben, Recht haben, während alle anderen es nicht begriffen haben oder nur ‚etwas von uns wollen‘? Darum ist die Frage, ob diese Stadt Frankfurt, die Bürgergesellschaft der Stadt Frankfurt es schafft, jenen berühmten Satz von Angela Merkel „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ umzudrehen. Denn der Satz ist falsch. Richtig ist: „Bleibt der Euro, wie er ist, scheitert die europäische Demokratie“. Das, meine Damen und Herren, ist der Film, in dem wir alle sitzen! Soll heißen: das deutsche Schwimmen gegen den Strom muss aufhören! Die Reform der Euro-Governance ist überfällig und die nächste Koalition muss sie auf den Weg bringen. Dringend! Sie finden in Europa und darüber hinaus keinen ernstzunehmenden Sozial- oder Wirtschaftswissenschaftler, der der Überzeugung ist, dass der Euro in seinen derzeitigen Strukturen stabil ist. Aber in Deutschland finden sie eine große Dosis Beharrlichkeit, inertia, dass an der Euro-Governance bitte ja nicht gerührt werden darf: keine „Transferunion“, keine „Monetarisierung von Staatsschulden“, kein „Bail-Out“, keine Vertragsänderung: kurz: keine deutsche Beweglichkeit. Das Pochen auf der Einhaltung von Verträgen übersieht, dass alle

Verträge, die nicht entlang der Realität weiterentwickelt werden, zum Scheitern verurteilt sind, denn Geschichte atmet. Es übersieht auch, dass die Weiterentwicklung in eine politische Union stets Absicht der Maastrichter Verträge gewesen ist, die bis heute Verfassungsrang haben. Der deutsche Legalismus mit Blick auf Maastricht ist darum realiter nichts anderes, als das Begehren, eine komfortable deutsche Situation zu bewahren: nämlich vom Euro zu profitieren und nicht dafür zu bezahlen. Doch das Frankfurter Bürgertum hat sicherlich die beiden berühmten deutschen Novellen „Biedermann und die Brandstifter“ und „Michael Kohlhaas“ gelesen. Mit beiden ist buchstäblich kein Staat, keine europäische Demokratie zu machen!

Das eigentliche Problem ist indes, dass die EZB nolens volens zu einem politischen Akteur geworden ist, der zeitgleich von rechts und links in die Zange genommen wird. Wo Blockupy während der Bankenkrise vor ihren Toren campete und zur 10-Jahresfeier der EZB die europäische Fahne als Ausdruck des Unmutes über das „Bankeneuropa“ verbrannt wurde, moniert das konservative Deutschland regelmäßig die Mandatsüberschreitungen der EZB. Die EZB kann es irgendwie niemandem Recht machen, weil die one-size-fits-all Geldpolitik auf niemanden maßgeschneidert ist. Die EZB ist quasi zum ‚Chefökonom‘ der Eurozone geworden, so konnte man in einem Aufruf von europäischen Wissenschaftlern zur Reform der EZB diese Woche lesen.^{xxii} Über die ‚Troika‘ hat die EZB de facto exekutive Macht gewonnen: sie definiert und kontrolliert die sogenannten Memoranda of understanding, sie spielt eine zentrale Rolle bei den Eurogruppen-Treffen, die die nationalen Ökonomien koordiniert; sie ist selber zum ‚Reformer‘ geworden; in dem sie Arbeitsmarkt- und andere wirtschaftliche Strukturreformen in den Euroländern begleitet; sie ist auf Augenhöhe mit den anderen Präsidenten der EU, wenn sie z.B. an Berichten mitschreibt mit den zur Genuine Economic and Monetary Union vom Dezember 2012, die in überarbeiteter Fassung im Juli 2015 neu aufgelegt wurde. Die EZB sagt Euromitgliedsstaaten, wie sie Schulden handeln sollen, greift direkt in griechische Anleihenmärkte ein, und ist damit gleichsam ein europäisches Schattenkabinett.

Darum ist die anstehende Neubesetzung von EZB-Direktoriumsmitgliedern nicht trivial. De facto geht es um hochpolitische Entscheidungen, die aber als ‚technische Entscheidung‘ hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Denn die Frage ist u.a., welche Rolle die EZB bei der Reform der Eurozone spielen wird, wie sich gegenüber dem EP verhält, welche Politik sie

ansteuert, wenn die Inflation verschwunden ist, welche Verteilungseffekte von der Politik der EZB erwartet werden können etc. Fragen über Fragen, die das Wohl von 340 Millionen Bürgerinnen und Bürgern betreffen werden. Die Zukunft der europäischen Wirtschafts-, Fiskal- und Geldpolitik hängt also wesentlich von diesen Nominierungen ab. Aber die Eurozone hat kein Parlament, nicht einmal eine parlamentarische Versammlung, die eine Debatte über die politischen Implikationen der Nominierung führen könnte.

Nun gibt es theoretisch zu dieser recht verfahrenen Situation, in der das Risiko einer Politisierung der EZB durch die Politisierung der Nominierungen des EZB-Rats besteht, eine Politisierung, die gerade in Deutschland niemand wünschen kann, einen anderen Ausweg. Und der heißt: anstatt alles Politische bei der EZB abzuladen, wird die EZB in eine veritable europäische Demokratie eingebettet. Die Demokratisierung und Politisierung Europas allein erlaubt die Unabhängigkeit der EZB, die gerade den Deutschen so teuer ist! Wo sich Europa aber davor herumdrückt, politisch zu werden, kann die EZB nur der Buhmann sei, der die Arbeit macht, die keiner erledigen will. Und sich damit in den Worten Carl Schmitt's, den man hierzulande nicht leichten Herzens zitiert - „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“-, de facto zum Souverän Europas macht, eine Rolle, die doch eigentlich den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zukommt.

Die Frankfurter Bürgergesellschaft, so sie den idealen der Aufklärung folgt, kann das letztlich nicht wollen. Gerade wenn sie die Unabhängigkeit der EZB verteidigen will, müsste sie für eine europäische Demokratie eintreten, die zwei Bedingungen hat: den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz aller europäischen Bürger und das Prinzip der Gewaltenteilung, das in der derzeitigen Trilogie der europäischen Institutionen nirgendwo sichtbar wird; eher eine Amalgamierung von Verantwortung, die letztlich dazu führt, dass für das, was in Europa passiert, letztlich nie jemand verantwortlich ist; nie jemand zur Rechenschaft gezogen werden kann; nie jemand abgewählt werden kann. Europäische Demokratie müsste anders aussehen. Und damit bin ich auch schon beim letzten meiner vier Frankfurter Erinnerungsorte für Europa, dem #pulseofEurope

#PulseofEurope

Welche Freude war es, vor nunmehr mehr als einem Jahr, auf einmal europäische Fahnen auf Marktplätzen zu sehen. Zehntausende von Menschen auf den Straßen für Europa, ausgerechnet in Deutschland, dem Land, das so gut durch die Eurokrise gekommen war, dass es übersehen hatte, dass das nicht überall der Fall war. Und das seit geraumer Zeit darin nachgelassen hatte, sich angemessen um Europa zu kümmern. Seit Jahrzehnten mit dem Eurothema unterwegs, habe ich mich persönlich seit geraumer Zeit gefragt: wann merken es eigentlich die anderen, dass mit der EU nichts mehr stimmt? Dass die Desintegration längst begonnen hat? Denn irgendwie war der europäische Populismus, der sich in den letzten Jahren wie ein Schimmelpilz über Europa ausbreitete, ja letztlich eine Reaktion auf die EU und ihr multiples Politikversagen; und der #pulseofeurope wiederum eine Gegenreaktion auf den Populismus und ein Statement für Europa.

Nun kenne ich Daniel Röder inzwischen gut genug, um sagen zu dürfen: bei aller Freude über die plötzlich sichtbare Empathie vieler Deutscher für Europa, für die Bewegung als solche, hatte ich dennoch zwei Probleme damit: dem relativ unpolitischen Gathering; und zum zweiten, fast noch problematischer für mich, das Erstaunen darüber, dass sich der Pulse über den anti-europäischen Populismus in vielen europäischen Nachbarländern wunderte – und diesen nicht in Zusammenhang mit einer bestimmten deutschen Rolle in Europa brachte.

Mich selbst hat spätestens ab 2012 xxiii nichts mehr gewundert, und hätte ich hier noch mehr Zeit, würde ich an dieser Stelle detaillieren, warum vieles - nicht alles, aber doch vieles - was sich derzeit Wundersames in unseren europäischen Nachbarstaaten tut, auch eine Reaktion auf ein deutsches Europa ist, oder eine Reaktion auf eine Wiederentdeckung des Nationalen in Deutschland, die man z.B. in Polen xxiv, in Großbritannien, xxv in Frankreich nicht goutiert hat. Nicht nur eine gewisse Euro-Politik, sondern z.B. auch den Bau von Pipelines direkt von Russland nach Deutschland. Und die Länder, die nicht dagegen aufbegehrt haben, waren eigentlich nur die kleinen Staaten, etwa Finnland oder Slowenien, die nach dem Prinzip verfahren sind: What you can't beat, you need to embrace.

Zu dem Zeitpunkt, wo der #pulseofeurope seine wöchentlichen Demonstrationen begann, hatte ich eigentlich nicht mehr gedacht, dass sich in Deutschland noch irgendjemand für Europa

mobilisieren ließe; schon gar nicht, dass Deutschland irgendeiner kritischen Selbstreflektion mit Blick auf seine Europapolitik fähig wäre, die ja im Windschatten der deutschen Selbstgefälligkeit surfte: boomende Wirtschaft, kaum Populismus und Angela Merkel als remaining leader of the free world. In keinem Politikfeld klafften deutsche Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung wahrscheinlich so weit auseinander wie in der Europapolitik.

Daran nun hat der Pulse strukturell noch nicht viel geändert; auch nicht viel ändern wollen, denn das Ziel des Pulses war oder ist ein niedrigschwelliges Engagement für Europa. Aber immerhin – oder Gott-sei-Dank – hat er die deutsche Europadiskussion aufgemischt und sichtbar gemacht, dass die deutschen Bürgerinnen und Bürger an Europa hängen – und dass sich potentiell auch in Deutschland mit Europa Wahlen entscheiden lassen.

Damit hat der #PulseofEurope Europa aus der politischen Schmuddel-Ecke, zumindest aus der Ignoranz geholt und genau jenes Spannungsverhältnis deutlich gemacht, was ich versucht habe zu beschreiben: dass das originäre Interesse der deutschen Bürgerinnen und Bürger an Europa nicht unbedingt deckungsgleich mit denjenigen ist, die von politischer oder medialer Warte heraus Europa im Namen vermeintlicher nationaler deutscher Interessen abschreiben. Bürgerinnen und Bürger jedoch, die sich, gleichsam an der Politik vorbei, zum Anwalt der europäischen Sache machen, sind die Vorhut auf dem Weg eines demokratischen Bürgereuropas. Insofern – zumindest hoffe ich das – könnte der #PulseofEurope die Speerspitze einer neuen Bürgerbewegung für Europa werden, die im Ansatz zum Ausdruck bringt: die Bürgerinnen und Bürger Europas, nicht die Nationalstaaten, sind der eigentliche Souverän Europas: sie entscheiden! Und darum passt der #PulseofEurope als europäischer Erinnerungsort auch nach Frankfurt, denn hier ist die Paulskirche, hier wissen die Bürger, was sie zu tun haben, wenn sie Einheit und Demokratie wollen: sie beginnen einen Prozess der Parlamentarisierung und der Konstitutionalisierung auf der Grundlage gleichen Rechts – das wir als EU-Bürger, als Deutsche, Franzosen, Finnen, Portugiesen der Slowenen, fragmentiert in nationalen Rechtssystemen, heute noch lange nicht haben!

Und damit, meine Damen und Herren, bin ich fast schon am Ende dieses Vortrages. Denn jetzt müssen wir nur noch diese vier Frankfurter Erinnerungsorte zu einem europäischen Kompass zusammenfügen – und dann hoffentlich von Frankfurt aus nach Europa aufbrechen.

Europäische Horizonte: ein Kompass für Europa

Kommen wir zum Ausblick, den europäischen Horizonten. Wie nun können diese vier Erinnerungsorte zu einer neuen Erzählung von Europa zusammengeführt werden? Wie wird aus ihnen ein Kompass für Europa?

Nun, wir komplementieren den einen europäischen Markt und die eine Währung um die eine europäische Demokratie. Wir stellen Rechtsgleichheit und Politik über Nationalität. Wir begreifen, dass die Bürgerinnen und Bürger, und nicht die Nationalstaaten der Souverän sind. Genauer: dass diejenigen Bürger, die sich in die Rechtsgleichheit gegeben – und zwar unabhängig von Identität, Kultur – eine Nation erst begründen.

„Die Nation oder der Sinn fürs Soziale“

Mit Mauss haben wir begonnen, mit Marcel Mauss wollen wir enden: „Nation ist institutionalisierte Solidarität“. Marcel Maus hat diese Fragmente in den 1920 Jahren geschrieben, vielleicht angesichts der Tatsache, dass die damaligen Nationalstaaten sich nicht zu einer europäischen Solidarität durchringen konnte, sondern den technologischen Modernisierungsschub, den sie damals erlebten oder erlitten – Telegrafien, elektrisches Licht, Flugzeuge – im nationalen Wettbewerb gegeneinander auflösten, im Wettbewerb um Flotten und Panzer, weswegen die heutige EU als Gemeinschaft von Kohle und Stahl begann, als der Spuk des 30-jährigen Krieges des letzten Jahrhunderts endlich vorbei war.

Das alles wird sich heute nicht wiederholen, und doch kann eine europäische Demokratie nicht funktionieren, wenn bzw. solange nationale Volkswirtschaften – und damit Bürger – zueinander in Konkurrenz gestellt werden, zumal im gleichen Währungsraum. Denn Bürger konkurrieren nicht! Eine demokratische Reform der Euro-Governance muss darum den bürgerlichen Gleichheitsgrundsatz als Bedingung für Demokratie ins Blickfeld nehmen und ihn europäisch ausweiten. Dann geht es perspektivisch bei den Verhandlungen nicht um Schuldenbremsen, Six Packs oder Two Packs, sondern um die Entwicklung z.B. eines grenzüberschreitenden europäischen Tarifrechtes, eine europäische Arbeitslosenversicherung etc. Es geht also in Europa

um Verrechtlichung und nicht um Identität, um Parlamentarisierung, nicht um Zentralisierung, um Gewaltenteilung und nicht um Kompetenzübertragung!

Und die Pläne von Emmanuel Macron ebnen dazu den Weg, zielen sie doch zentral auf eine Parlamentarisierung, ein Eurozonenparlament und ein europäisches Budget, das vor einem Parlament verantwortet werden muss, nicht vor einem ECOFIN-Rat oder einer Kommission. Macron einen Handschlag zu geben, eine demokratische Reform der Euro-Governance, wäre genau der Schritt in die institutionalisierte Solidarität Europas von Marcel Mauss, die Europa letztlich zur Nation machen würde.

Wenn wir verstanden haben, dass wir als Souverän die Nation machen, dass Nationen historische Phänomene sind, die durch einen Prozess der Verrechtlichung begründet werden, dann könnten wir uns als europäische Bürgerinnen und Bürger in eine Staatsbürgergemeinschaft begeben. Denn Nation ist, wie der – übrigens konservative Historiker – Theodor Schieder schon 1963 in einer Rede feststellten, in erster Linie Staatsbürgergemeinschaft, und nicht Sprache, Ethnie oder Kultur.^{xxvi} Diese Definition von Nation eröffnet den Weg in eine europäische Staatsbürgergemeinschaft, in eine *citoyenné européenne*, die nur auf der Grundlage des allgemeinen bürgerlichen Gleichheitsgrundsatzes beruhen kann.

Ein Euro – eine IBAN – eine Europäische Sozialversicherungsnummer (ESSN) => das wäre z.B. ein Ausdruck von European Citizenship, möglichst noch digital, ein European ID, eine Chip-Karte, der Ausdruck einer modernen europäischen Staatsbürgergemeinschaft, ein identitätsstiftendes Tool, Ausdruck von *égalité* und *fraternité* jenseits von Nationalität. Damit die nächste Generation Europäer unbeschwert von Warschau nach Barcelona nach Thessaloniki nach Helsinki und Paris reisen und dort arbeiten kann, ohne sich um Rente, Krankenkasse und nationale Rechtsgrenzen sorgen zu müssen.

Wir müssen das nicht morgen haben: vom Werner-Plan 1970 zum Euro in der Tasche 2002 haben wir 32 Jahre gebraucht. Aber wir sollten den Prozess beginnen, auf die Zeitschiene setzen (das war das Lieblingswort von Jacques Delors: die Zeitschiene); wir sollten heute formulieren, was wir morgen wollen. Denn der Euro, 1970 noch Utopie, wurde genau dann zur Realität, als es einen Vertrag (also eine Verrechtlichung) und mithin eine Stichtagsregelung gab, den 1. Januar 2002. Und es war diese Stichtagsregelung, die Verpflichtung, nämlich dass zu einem bestimmten Tag in allen Geldautomaten Europas die gleiche Währung zu finden sein sollte, die letztlich alle Systeme

– von den Finanzsystemen bis hin zu den Geldautomaten – auf diese Umstellung verpflichtet hat. Und die dafür gesorgt hat, dass die nationale inertia gleichsam in die Gänge kam und schließlich überwunden werden konnte. Eine Stichtagsregelung: keine europäische Kultur, keine europäische Öffentlichkeit, kein europäischer Dialog hat das gemacht! Eine Stichtagsregelung....

Nun hat die europäische Demokratie – und mithin auch eine Europäische Sozialversicherungsnummer - keinen wirtschaftlichen Treiber (so wie die Banken einen für den Euro hatten, mit dem sie viel Geld verdient haben, weswegen sie sich nachdrücklich an der Euro-Einführung beteiligt haben.) Keinen wirtschaftlichen Treiber, außer die europäischen Bürgerinnen und Bürger selber, die genau das wollen und der Politik deutlich machen, dass sie das wollen: eine europäische Demokratie!

Und damit bin ich bei meinem letzten Chart, dem Angebot, das ich der Stadt Frankfurt machen möchte: FACE: The Frankfurt Annual Conference on Europe.

Welche andere Stadt als Frankfurt – die Stadt der Paulskirche und dem Gedächtnis der Parlamentarisierung und Demokratisierung einer Nation; der Stadt mit der FAZ, die über die öffentliche Meinung in diesem Land wacht; der Stadt mit der EZB, die in ihrer Mitte steht, der indes die Last des Politischen in Europa zu schwer wird, die ihr darum abgenommen gehört; die Stadt mit einer Polytechnischen Gesellschaft, die das Frankfurter Bürgertum im Sinne der Aufklärung choreographiert und lebendig erhält; die Stadt der Banken und dem vielen Geld; die Stadt des Geistes eines Johann-Wolfgang von Goethe; die Stadt von Alfred Grosser, dem großen Europäer: Welche andere Stadt könnte eine Konferenz organisieren, die mehr ist als eine Konferenz, sondern eine Konferenz, die konkret eine Citoyenneté Européenne hervorbringt und auf die Zeitschiene setzt? Die Stadt, die Europa ein Gesicht gibt, das keine, an einem Demos festgemachte, nationalen Züge trägt? Die Stadt, die die direkte politische Verbindung von Bürger zu Europa begründet; die den Europäerinnen und Europäern jenseits der deutschen Landesgrenzen ein Angebot für ein demokratisches, ein bürgerliches, ein aufklärerisches, ein soziales Europa machen kann, dass nicht Deutsch klingt, sondern ein republikanisches Europa der Staatsbürgergemeinschaft wäre?

Ich bin sicher, dass diese Stadt, würde sie ab jetzt jährlich FACE organisieren, eine Frankfurt Annual Conference on Europe, das diese Konferenz sich zu dem entwickeln könnte, was Europa

heute braucht: nämlich über Zeit eine europäische Constituante, in der die souveränen europäischen Bürgerinnen und Bürger dieses Kontinentes ein politisches Europa auf dem Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit begründen! Ich schließe mit einem Satz von Theodor Schieder: „Aber in dem Augenblick, indem für uns der Nationalstaat ein historisches Phänomen geworden ist, sind wir für die Gegenwart und für die Zukunft im Grunde schon über in hinausgewachsen.“

Es lebe die Europäische Bürgerrepublik.

*

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Autorin und der Autor

Prof.ⁱⁿ Dr. Ulrike Guérot
ulrike.guerot@donau-uni.ac.at

Discussion Paper Series

....

„Mission Statement“

Das Department für Europapolitik und Demokratieforschung (DED) arbeitet zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen im Bereich Europa und Demokratie.

Im Fokus unserer Forschung liegt die Auseinandersetzung mit Begriffen, Prozessen und Theorien um aktuelle Phänomene und Entwicklungen in Europa zu analysieren und zu erklären. Dabei erarbeiten wir neue Perspektiven und denken über Utopien nach.

Neben dem akademischen Austausch sehen wir den Dialog mit der Öffentlichkeit als eine wichtige Aufgabe des Departments. Unsere Forschungsergebnisse werden daher durch mediale Arbeit und künstlerische Interventionen begleitet.

Weitere Informationen unter:

<https://www.donau-uni.ac.at/ded>

Impressum

Department für Europapolitik und Demokratieforschung

<https://www.donau-uni.ac.at/ded>

Donau-Universität Krems
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30
3500 Krems

ⁱ Thomas Bauer: *In guter Gesellschaft. Die Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt am Main*, Waldemar Kramer Verlag, Frankfurt 2010, S. 7

ⁱⁱ Ebd., S. 29

ⁱⁱⁱ Ulrike Guérot: *Das Frankreich im Westen – und der deutsche Blick*, Vortrag zur Semestereröffnung, gehalten an der Goethe-Universität Frankfurt am 6. November 2017, im Rahmen der Alfred-Grosser Gastprofessur am Fachbereich Geisteswissenschaften, for Download: https://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/images/department/europapolitik-demokratieforschung/semestereroeffnungsvortrag_frankreich_im_westen_public_text_pp_end.pdf

^{iv} Alfred Grosser: *Der Schmale Grat der Freiheit*, Carl-Hanser-Verlag, 1981, S. 7

^v Ebd., S. 44

^{vi} Ebd., S. 50

^{vii} Pierre Nora: *Les Lieux de Mémoires*, Paris, Gallimard, 3 Bände : 1984, 1986, 1992

^{viii} Etienne Francois & Thomas Serrier (éd.): *Europa. Notre Histoire*, Editions Les Arènes, Paris 2017

^{ix} Pierre Rosanvallon, *Le Sacre du Citoyen*, Paris

^x Vgl. z.B. in jüngerer Zeit Dominique Schnapper, *Le Phénomène du Nationale*, Paris

^{xi} Ernest Renan, <https://archive.org/stream/questcequunenat00renagoog#page/n37/mode/2up>

^{xii} Marcel Mauss: Die Nation oder der Sinn fürs *Soziale*, hrsg. und mit einer Einführung von Jean Terrier und Marcel Fournier. Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, hrsg. von Axel Honneth, im Auftrag des Institutes für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Band 25, S. 32

^{xiii} PIKETTY, THOMAS/HENNETTE, STÉPHANIE/SACRISTE, GUILLAUME/VAUCHEZ, ANTOINE (2017): *Für ein anderes Europa. Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone*. Verlag C.H.Beck: München

^{xiv} Grosser, op. Cit, S. 142/ 143

^{xv} Zwischen 2002 und 2012 belief sich, laut einer Studie von McKinsey, der aggregierte Gewinn der Eurozone durch den Euro auf rund 300 Mrd Euro, wovon rund 160 Mrd auf Deutschland entfielen.

^{xvi} Siegfried Schieder, *Zwischen Führungsanspruch und Wirklich: Deutschlands Rolle in der Eurozone*, in: *Leviathan*, 3/2014, S. 363-397

^{xvii} Financial Times Kolumnist W. Münchau schreibt dazu:

„Die deutschen Leser sind einer unablässigen Feindseligkeit gegenüber der EZB ausgesetzt. In einem fort wird der EZB vorgehalten, sie verstieße gegen geltendes Recht, enteigne Sparer und begünstige italienische Banken. Dabei ist dieselbe verbale Aggressivität zu beobachten wie im Fall der britischen Europaskeptiker. Nicht auszudenken, was passieren könnte, wenn sich diese Entwicklung über die nächsten fünf bis zehn Jahre fortsetzt.“ (Eurointelligence briefing (www.eurointelligence.com) vom 21. Oktober 2016).

^{xviii} Euro-Zitate FAZ: Die griechische Regierung schaltet den Staatsfunk ab. Aus Spargründen, wie sie sagt. Das erfordert Mut. Ein wenig davon wünschte man sich auch in Deutschland. (12.06.2013: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/griechischer-staatsfunk-einfach-abschalten-12219110.html>)

Es ist ein Treppenwitz: Mussten die Griechen ihr Rechenwerk früher selbst schönen, assistieren ihnen beim Zahlendrücken nun die illustren Euro-Retter in den europäischen Hauptstädten, samt EZB und Internationalem Währungsfonds. (...) Fatalerweise scheint die Entscheidung des Nobelkomitees, der EU den Friedenspreis zu verleihen, so manchen Euro-Retter noch in dem Glauben zu bestärken, ökonomische Gesetzmäßigkeiten könnten im Bemühen um den Erhalt der Währungsunion nun vollends außer Acht bleiben. Doch friedlicher wird das Zusammenleben nicht, wenn das wirtschaftliche Fundament nicht stimmt. (14.10.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/griechenland-druecker-am-werk-11926005.html>)

Ob die immer gewagteren Instrumente der Euro-Rettung dem kritischen Auge der Bundesverfassungsrichter auch diesmal noch standhalten, ist ungewiss. (...) Die verbalen Rempelen Richtung Karlsruhe - und übrigens auch gegen kritische Ökonomen - sind dabei nicht nur schlechter Stil, sondern auch Indikator des schlechten Gewissens. Alle Beteiligten sind sich sehr bewusst, dass die Währungsunion in Deutschland keine Zustimmung gefunden hätte, hätte die Politik damals nur annähernd Klarheit geschaffen über die Auslegbarkeit der Beschlüsse, die Dehnbarkeit des

Rechtsrahmens und den damit ermöglichten Souveränitätsverzicht durch die Hintertür. (09.07.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/rettungspolitik-die-karlsruhe-rempler-11815360.html>)

Der finnische Außenminister Tuomioja fügte übrigens an, ein Auseinanderbrechen der Eurozone bedeute nicht das Ende der EU. Er widerspricht damit der Bundeskanzlerin, die den beängstigenden Satz „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ geprägt hat. Aus Finnland wird die Bedeutung der Währung wieder in eine vernünftige Perspektive gerückt. Das sollte den Blick für neue Lösungen öffnen, jenseits der Rettungsdevise des „koste es, was es wolle“ (17.08.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-vorbereitete-finnen-11859643.html>)

In Sachen Euro-Rettung trägt die SPD seit zwei Jahren Gesetz um Gesetz der Koalition mit, obwohl jedes Vorhaben den Widerstand der Opposition verdient gehabt hätte. Denn alle dienten letztlich nur dazu, vertragswidrig die Euro-Peripherie aus dem Schulden-Schlamassel herauszupauken. Ausgerechnet beim Fiskalpakt wollen die Sozialdemokraten nicht mitziehen. Das aber ist das einzige Gesetz, das auf solide Haushaltspolitik zielt und damit zumindest versucht, die ursprünglichen Regeln zum Schutz des Euro wieder zu stärken. (28.03.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/spd-haltung-zum-fiskalpakt-soll-sie-doch-11699644.html>)

Merkel sollte keinen Zweifel daran lassen, dass sich eine Haftungsgemeinschaft, in der die Euroländer gemeinsam für ihre Schulden einstehen, auch künftig verbietet. Es gibt keinen Grund, die Haushaltspolitik der Euroländer der Risikobewertung der Märkte zu entziehen. Denn die Währungsunion wird nicht funktionieren, wenn die Politik die Preissignale der Märkte auszuhebeln versucht und damit das Instrument, das Fehlentwicklungen unzweideutig anzeigt. Das Vertrauen in den Euro gewinnt die Politik nicht, wenn sie sich dem Urteil der Märkte zu entziehen versucht. (03.12.2011: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-merkels-wille-sarkozys-worte-11549231.html>)

Wenn rote Linien dauernd überschritten werden, dienen sie vielleicht einem anderen Zweck. Die ständige Ausweitung der Haftung für Schulden anderer Länder hat einen logischen Endpunkt: Die Vergemeinschaftung aller Schulden im Euroraum. So gesehen, führt eine rote Linie zum Ziel der Schuldensünder: Eurobonds. (26.03.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-die-rote-linie-11698694.html>)

Die Euro-Retter sind Geisel ihrer verfehlten Politik. (28.02.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/kommentar-euro-umverteilung-11664711.html>)

In Griechenland müssten Löhne und Preise um die Hälfte sinken, um so erfolgreich wie Irland zu sein. Das ist zu viel, hierfür fehlen Wille und Kraft. Also rückt das dritte Kreditpaket näher - oder der Abschied vom Euro. (21.02.2012: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/griechenland-noch-ein-kreditpaket-11657433.html>)

Nur der Druck der Finanzmärkte kann in hochverschuldeten Ländern durchgreifende Reformen erzwingen. Ohne die Zinskeule des Marktes und ohne die glaubwürdige Drohung mit dem Ausschluss aus der Währungsunion wird es in Griechenland und anderen Krisenländern die nötigen Strukturanpassungen und Verhaltensänderungen nicht geben. Sobald aus der Währungsunion eine Fiskalunion mit Eurobonds geworden ist, droht Europa das italienische Schicksal

- mit unendlichen Transfers in den Süden und einem Norden, der an Wachstum, Wohlstand und Wettbewerbskraft verliert und in dem zugleich der politische Spaltpilz gedeiht. (29.01.2012: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/finanzpolitik-spaltpilz-europas-11629221.html>)

^{xix} <http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/europaeische-republik-wenn-das-geld-vom-himmel-faellt-14509375.html>

^{xx} Vgl. dazu Jan Techau, *Führungsmacht Deutschland, Strategien ohne Macht und Anmaßung*, Berlin 2017

^{xxi} Dani Rodrik, *When Ideas Trump Interests: Preferences, World Views, and Policy Innovations*, School of Social Science, Institute for Advanced Study, Princeton, NJ 08540, Revised, November 2013

^{xxii} Link zum Aufruf: <http://www.voxeurop.eu/en/2018/nominations-ecb-5121773>

^{xxiii} Spätestens seit Juni-EU-Rat 2012, bei dem es um den „*vicious circle*“ zwischen Bank- und Staatsschulden ging, war klar, dass es keine politischen Ambitionen für eine Reform-Agenda der Euro-Governance geben würde; mehr noch: das diese von Deutschland zentral blockiert würde. So würde der Fünf-Präsidentenbericht zur *Genuine Monetary and Economic Union* (GMEU) vom Dezember 2012 politisch auf Eis gelegt. Das Document ist zum Downloaden hier: <https://www.consilium.europa.eu/media/21570/131201.pdf>

^{xxiv} Ulrike Guérot, *Wie schlimm ist die Lage in Polen?* Merton Kolumne: <https://twitter.com/MertonMag/status/951760982950531074>

^{xxv} Siehe dafür z.B. exemplarisch das Buch von Paul Lever, *Berlin Rules: Europe and the German way*, London 2017

^{xxvi} SCHIEDER, THEODOR (1964): Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen. In: MEYERS, FRANZ/ BRANDT, LEO (Hrsg.): *Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers. Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 13–29. Teil der Serie „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Geisteswissenschaften“, Heft 119. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-98776-1_2.